

Der Bundesvoranschlag 1949

Allgemeine Kennzeichen des Voranschlages

Ende Oktober wurde dem Nationalrat der Bundesvoranschlag 1949 vorgelegt. Er ist in der laufenden Gebarung bei Ausgaben von 6.089,4 Mill. S und Einnahmen von 6.090,8 Mill. S ausgeglichen. Die im außerordentlichen Haushalt eingestellten Aufwendungen und Investitionen in der Höhe von 1.440,9 Mill. S finden dagegen in den laufenden Einnahmen keine Deckung und sollen aus zusätzlichen Mitteln (Erlöse aus Marshall-Plan-Lieferungen, Kredite) finanziert werden.

Der Bundesvoranschlag 1949

| | Laufende Gebarung | | A. o. Aufwendungen u. Investitionen in Millionen Schilling | Gesamtgebarungserfolg |
|-------------------------------------|-------------------|----------|---|-----------------------|
| | Einnahmen | Ausgaben | | |
| Hoheitsverwaltung . . . | 3 708,6 | 3.626,9 | 647,2 | — 565,5 |
| Monopole | 221,8 | 122,1 | 8,3 | + 91,4 |
| Bundesbetriebe . . . | 779,1 | 843,9 | 176,9 | — 241,7 |
| Eisenbahnen | 1.336,3 | 1.496,5 | 609,9 | — 770,1 |
| Reingewinn der Tabakregie | 45,0 | . | . | + 45,0 |
| Summe | 6.090,8 | 6.089,4 | 1.442,3 | — 1.440,9 |

Der Ausgleich der laufenden Gebarung stieß infolge der Mehrbelastung des Staatshaushaltes durch das Preis-Lohn-Abkommen vom August 1948 auf Schwierigkeiten. Da eine ins Gewicht fallende Einschränkung des Staatsapparates kurzfristig nicht durchführbar schien — der Personalstand ist sogar höher veranschlagt als im Voranschlag 1948 —, konnte der formale Budgetausgleich nur durch eine optimistische Einschätzung der Einnahmen und durch Ausscheiden aller nicht durch laufende Einnahmen gedeckten Ausgaben aus der laufenden Gebarung erreicht werden. Auf der Einnahmenseite wurde erstmalig vom Prinzip einer vorsichtigen Budgetierung abgegangen; es sind Einnahmen veranschlagt, die, stabiles Preisniveau vorausgesetzt, nur bei einer bedeutenden Besserung der Wirtschaftslage erwartet werden können. Auf der Ausgabenseite wurden die „einmaligen Ausgaben“, die im Jahre 1948 in der laufenden Gebarung veranschlagt wurden, ins außerordentliche Budget verwiesen und bei einzelnen Ausgabenposten ein im Vergleich zum letzten Budget größerer Teil als

außerordentliche Aufwendung verrechnet¹⁾. Außerdem vernachlässigte man einige Budgetposten der letzten Jahre, mit deren Beanspruchung kaum gerechnet werden konnte, wie vor allem die Pauschalvorsorge für den Anleihendienst der alten österreichischen Staatsschuld.

Die Entwicklung des Staatshaushaltes 1946—1949

| | Ab-schluß 1946 | Ab-schluß 1947 | Voran-schlag 1948 | Ab-schluß I.—IX. 1948 ¹⁾ | Voran-schlag 1949 |
|--|---------------------|----------------|---------------------|-------------------------------------|---------------------|
| | Millionen Schilling | | | | |
| A) Ordentlicher Haushalt | | | | | |
| Personalaufwand . . . | 1.260 | 1.866 | 2.456 | . | 2.948 |
| Sachaufwand | 1.212 | 2.344 | 2.837 | . | 3.142 ²⁾ |
| Lfd. Ausgaben | 2.472 | 4.210 | 5.293 ³⁾ | 4.005 ²⁾ | 6.089 |
| Einnahmen | 2.679 | 5.411 | 5.294 | 4.043 | 6.091 |
| Überschuß | 207 | 1.201 | 1 | 38 | 1 |
| B) Außerordentlicher Haushalt | | | | | |
| Wiederaufbau und Investitionen | 318 | 670 | 598 | 500 | 1.442 |
| DP-Kosten | 70 | 97 | . ⁴⁾ | 103 | . ⁸⁾ |
| Besatzungskosten | 866 | 506 | . ⁴⁾ | . ⁵⁾ | . ⁴⁾ |
| A.o.Ausgaben insg. | 1.254 | 1.273 | 598 | 603 | 1.442 |
| Gesamtabgang | 1.047 | 72 | 597 | 565 | 1.441 |
| in % der Gesamtausgaben | 27,1 | 1,3 | 10,1 | 12,3 | 19,1 |

¹⁾ Nach der Budgetrede des Finanzministers. — ²⁾ Einschließlich der einmaligen Ausgaben. — ³⁾ DP-Kosten in Höhe von 80 Mill. S in der laufenden Gebarung veranschlagt. — ⁴⁾ Im Voranschlag nicht enthalten. — ⁵⁾ Im Jahre 1948 wurden bisher keine militärischen Besatzungskosten beansprucht.

Das veranschlagte Gesamtdefizit von 1.440,9 Mill. S ist mit 19,1% der Gesamtausgaben etwas größer als in den bisherigen Voranschlägen (1946 9,8%, 1947 15,1%, 1948 10,1%). Dabei ist zu

¹⁾ Im Budget 1948 waren 45 Mill. S als einmalige Ausgaben in der laufenden Gebarung verbucht, die im Budget 1949 mit einem Betrag von 84 Mill. S im außerordentlichen Haushalt figurieren. Desgleichen wurde der Ansatz für den Erwerb von Aktien privater Unternehmungen (1948 50 Mill. S, 1949 20 Mill. S) vom laufenden in den außerordentlichen Haushalt übertragen. Auch im Kapitel Land- und Forstwirtschaft sind deutlich einige unter sachlichen Gesichtspunkten willkürliche Verschiebungen zwischen laufenden und außerordentlichen Aufwendungen festzustellen:

| | 1948 | | 1949 | |
|---------------------------------|--------------------|-----------------------------|--------------------|-----------------------------|
| | lau-fende Ausgaben | außer-ordent-liche Ausgaben | lau-fende Ausgaben | außer-ordent-liche Ausgaben |
| | Millionen S | | | |
| Flußregulierung | 14,0 | 11,0 | 4,5 | 30,0 |
| Wildbachverbauung | 8,0 | 5,5 | 2,5 | 18,0 |
| Bodenbe(ent)wässerung | 7,0 | 5,5 | 2,0 | 15,2 |

berücksichtigen, daß die bisherigen Voranschläge relativ vorsichtig erstellt wurden, so daß die tatsächlichen Gebarungsergebnisse meist günstiger waren¹⁾, während der Voranschlag 1949 keine stillen Reserven enthält. Außerdem muß beachtet werden, daß die Voranschläge nie sämtliche Belastungen des Staates enthalten. So fehlten im Voranschlag 1948 neben den DP-Kosten, die wahrscheinlich 150 Mill. S erreichen werden, und den Besatzungskosten, über deren Beanspruchung seitens der Besatzungsmächte bisher noch nicht entschieden ist, vor allem die aus dem Hilfsfonds gedeckten Ausgaben für Lebensmittelsubventionen (rund 390 Mill. S), die Dotation des Wohnungswiederaufbaufonds (der vorgesehene Betrag von 200 Mill. S dürfte allerdings in diesem Jahre nicht voll beansprucht werden) sowie die Kredite für verstaatlichte Unternehmungen (einschließlich der Kohlenpreissubventionen). Im Voranschlag 1949 sind zwar die DP.-Kosten in der laufenden Gebarung in Höhe von 80 Mill. S mit veranschlagt; soweit bisher vorausgesehen werden kann, werden jedoch auch im Jahre 1949 zusätzliche Ausgaben für den Wohnungswiederaufbau (300 Mill. S), die Finanzierung der Defizite und der Investitionen verstaatlichter Unternehmungen, für noch aushaftende Lebensmittelsubventionen sowie eventuell für Besatzungskosten auflaufen, die ebenfalls aus dem Hilfsfonds bzw. durch Kredite gedeckt werden müssen.

Die Staatsausgaben

Von den *laufenden* Ausgaben von 6.089,4 Mill. S entfallen 2.947,5 Mill. S oder 48% auf den Personalaufwand und 3.141,9 Mill. S (52%) auf den Sachaufwand. Die Erhöhung des Personalaufwandes gegenüber dem Voranschlag 1948 (plus 491,7 Mill. S) erklärt sich zum Teil aus einer Erhöhung des veranschlagten Personalstandes um 14.000 Aktive und 3.800 Pensionisten und zum Teil aus der Erhöhung der Bezüge als Folge des Preis-Lohn-Abkommens. In Sachaufwand wirkt sich das Abkommen in einer Zunahme der Arbeiterlöhne¹⁾ um rund 40 Mill. S,

¹⁾ Besonders auffallend ist das günstige Ergebnis des Rechnungsabschlusses 1947, der ohne Besatzungskosten und Ausländerfürsorge mit einem Überschuß von 531 Mill. S oder 109% der Gesamtausgaben schloß, gegenüber einem veranschlagten Defizit von 528 Mill. S oder 15,1% der Gesamtausgaben. Das günstige Ergebnis ist fast ausschließlich darauf zurückzuführen, daß in der Zeit zwischen Bekanntgabe und Inkrafttreten des Währungsschutzgesetzes rund 670 Mill. S Steuern vorzeitig gezahlt wurden.

¹⁾ Die Arbeiterlöhne werden im Budget nicht im Personalaufwand, sondern im Sachaufwand ausgewiesen.

in den Ernährungsbeihilfen für Kinder in Höhe von 276 Mill. S, der Zahlung von 33,1 Mill. S Ernährungszulagen für die Krankenkassen sowie in einer Erhöhung der Versorgungsgebühren aus. Die Zunahme des Sachaufwandes ist jedoch gegenüber dem Voranschlag 1948 infolge der oben erwähnten Übertragung einzelner Ausgabenposten in das außerordentliche Budget geringer als die des Personalaufwandes.

Die laufenden Staatsausgaben in den Voranschlägen 1948 und 1949

| | 1948 ¹⁾ | | 1949 | |
|--|--------------------|-------|---------|-------|
| | Mill. S | % | Mill. S | % |
| A) Verwaltungsausgaben | | | | |
| Unmittelbare | | | | |
| Regierungsausgaben ²⁾ | 447,5 | 8,4 | 518,6 | 8,5 |
| Unterricht und Kunst | 356,3 | 6,7 | 480,5 | 7,9 |
| Ausgaben für wirtschaftl. Zwecke ³⁾ | 418,5 | 7,9 | 447,2 | 7,3 |
| Finanzverwaltung | 212,1 | 4,0 | 177,4 | 2,9 |
| Finanzausgleich | 216,5 | 4,1 | 17,6 | 0,3 |
| Staatsschuld ⁴⁾ | 168,2 | 3,2 | 106,8 | 1,8 |
| Pensionen | 305,2 | 5,8 | 374,9 | 6,2 |
| Soziale Ausgaben ⁵⁾ | 1.063,5 | 20,1 | 1.461,5 | 24,0 |
| Summe ⁶⁾ | 3.187,7 | 60,2 | 3.584,5 | 58,9 |
| B) Ausgaben der Betriebe ⁷⁾ | 2.105,6 | 39,8 | 2.504,9 | 41,1 |
| Lfd. Ausgaben insg. | 5.293,3 | 100,0 | 6.089,4 | 100,0 |

¹⁾ 1948 einschließlich einmaliger Ausgaben. — ²⁾ Bundespräsident und Präsidentschaftskanzlei, Organe der Bundesgesetzgebung, Gerichte des öffentlichen Rechte, Rechnungshof, Bundeskanzleramt, Äußeres, Inneres, Justiz. — ³⁾ Land- und Forstwirtschaft, Handel, Gewerbe, Industrie, Ernährungswirtschaft, Energiewirtschaft, Verkehr, Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung. — ⁴⁾ Einschließlich Verzinsung von Bundesschatzscheinen. — ⁵⁾ Einschließlich Übergangsmaßnahmen. — ⁶⁾ Ohne Postsparkasse. — ⁷⁾ Mit Postsparkasse.

Die Gliederung der laufenden Ausgaben nach einzelnen Ressorts zeigt im Vergleich zum letzten Voranschlag einige bemerkenswerte Veränderungen. Am stärksten (um rund 40%) haben die sozialen Ausgaben (Ausgaben der sozialen Verwaltung, einschließlich der sachlich hierzu gehörigen Ausgaben für Übergangsmaßnahmen) zugenommen, die im Voranschlag 1949 41% der Ausgaben der Hoheitsverwaltung und 24% der Gesamtausgaben erreichen. Die Zunahme ist vor allem auf die Kinderzulagen sowie auf die im Voranschlag 1948 nicht enthaltenen Ausgaben für Ausländerbetreuung zurückzuführen. Außerdem wurde entsprechend der Lage auf dem Arbeitsmarkt die Arbeitslosenunterstützung von 70,6 Mill. S auf 130,3 Mill. S erhöht, bei gleichzeitiger Abnahme der Ausfallvergütungen für Kurzarbeit von 58 Mill. S auf 16,3 Mill. S. Der hohe Anteil der sozialen Ausgaben an den Gesamtausgaben ist für die Beurteilung des Gesamtbudgets insofern von Bedeutung, als die sozialen Ausgaben — abgesehen von geringfügigen Ausgaben für Verwaltungszwecke — im Budget nur als durchlaufende Post aufscheinen, ohne daß der Staat durch diese

Ausgaben wirtschaftliche Leistungen an sich zieht. Sie bewirken zwangsweise nur eine Neuverteilung der persönlichen Einkommen, ohne daß durch sie, im Gegensatz zu reinen Verwaltungsausgaben, die Gesamtsumme der persönlichen Einkommen geschmälert wird.

Neben den sozialen Ausgaben wurden auch die Pensionen, die unmittelbaren Regierungsausgaben, die Aufwendungen für Unterricht und Kunst sowie vor allem der Aufwand der staatlichen Betriebe und Monopole höher veranschlagt als im Jahre 1948. Dagegen ist für „wirtschaftliche Zwecke“, den Finanzausgleich und für den Anleihedienst der Staatsschuld weniger vorgesehen als im letzten Voranschlag. Die Abnahme der Ausgaben für „wirtschaftliche Zwecke“ und für die Finanzverwaltung erklärt sich zum überwiegenden Teil aus der Übertragung von einmaligen Ausgaben in den außerordentlichen Haushalt. Zum geringeren Teil dürften auch echte Einsparungen vorliegen. Der geringfügige Ansatz für den Finanzausgleich ist darauf zurückzuführen, daß die Gebietskörperschaften staatliche Zuschüsse überwiegend in Form von Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundeseinnahmen erhalten. Die Abnahme der Ausgaben für den Anleihedienst ist hingegen rein fiktiv, da im Voranschlag 1948 für die Verzinsung und Tilgung der österreichischen Staatsschuld vor 1938 ein Betrag von 125 Mill. S angesetzt wurde, der jedoch — über die alte Staatsschuld wird erst im Staatsvertrag entschieden werden — nicht beansprucht wurde. Im Voranschlag 1949 figuriert die alte Staatsschuld nur noch mit einem Verrechnungsansatz von 1 Mill. S. Vernachlässigt man diesen fiktiven Posten, so ergibt sich eine Zunahme der öffentlichen Ausgaben für die Staatsschuld um 62,5 Mill. S auf 105,8 Mill. S. Der Anteil des Schuldendienstes an den Gesamtausgaben der Hoheitsverwaltung ist mit 3%¹⁾ noch immer relativ niedrig.

Zinsendienst der Staatsschuld²⁾

| | Voranschlag | |
|---|-------------|-------|
| | 1948 | 1949 |
| | Millionen S | |
| Auslandsanleihen | — | 6,2 |
| Bundesschuldverschreibungen | — | 44,5 |
| Bundesschatzscheine ²⁾ | 43,2 | 55,0 |
| Insgesamt | 43,2 | 105,7 |

¹⁾ Ohne Pauschalvorsorge für die Staatsschuld vor 1938. —

²⁾ Einschließlich der Verzinsung für zur Kassenstärkung begebene Schatzscheine.

Die *außerordentlichen* Ausgaben für den Wiederaufbau und für Investitionen sind im Voranschlag 1949 mit 1.442,3 Mill. S mehr als doppelt so hoch veranschlagt wie im Voranschlag 1948 (598,5 Mill. S). Die Zunahme ist nicht nur auf die Über-

tragung von einmaligen Ausgaben in den außerordentlichen Haushalt, sondern auch auf eine bedeutende effektive Erhöhung der Ausgaben für Investitionen zurückzuführen. So wurde der Aufwand für Straßen und Bundesgebäude verdreifacht und die Investitionen der Betriebe und Monopole wurden mehr als verdoppelt.

Die Staatseinnahmen

Die gesamten *Staatseinnahmen* wurden mit 6.090,8 Mill. S um 15% höher veranschlagt als im Jahre 1948. Davon entfällt wie bisher mehr als die Hälfte auf öffentliche Abgaben und der Rest auf sonstige Einnahmen der Hoheitsverwaltung und auf Einnahmen der staatlichen Betriebe.

Das gesamte *Steueraufkommen* (einschließlich der Ertragsanteile der Gebietskörperschaften) wird auf 4.785,8 Mill. S geschätzt, das sind um 1.083,6 Mill. S oder um 29% mehr als im Voranschlag 1948. Dieser Mehreingang wird zum Teil aus einer Erhöhung der Steuersätze (Weinsteuer plus Aufbauschlag, Valorisierung der Zölle) und zum Teil aus einer allgemeinen Belebung der Wirtschaft erwartet. Da die Mehreinnahmen aus Steuererhöhungen rund 250 Mill. S betragen dürften, müßte aus der allgemeinen Wirtschaftsbelebung ein Steuer-mehraufkommen von 800 Mill. S oder rund 22% des veranschlagten Steueraufkommens 1948 resultieren. Diese Mehreinnahmen scheinen zunächst etwas optimistisch veranschlagt, da einzelne Steuereingänge, wie vor allem die Tabaksteuer, kaum mehr steigerungsfähig sind. (Die Mehreinnahmen werden hauptsächlich aus der Einkommensteuer — plus 381 Mill. S — und der Umsatzsteuer — plus 300 Mill. S — erwartet.) Da jedoch der Voranschlag 1948 mit sehr vorsichtigen Ansätzen rechnete (die Steuereingänge der ersten neun Monate des Jahres 1948 übertrafen trotz des Ausfalles in den ersten Monaten als Folge des Währungsschutzgesetzes den Voranschlag für den gleichen Zeitraum um rund 100 Mill. S), dürfte unter der Voraussetzung, daß sich die Wirtschaft weiter günstig entwickelt und das Preisniveau stabil bleibt, das veranschlagte Steueraufkommen wohl erreicht werden.

Die Zusammensetzung der Steuereinnahmen hat sich gegenüber 1948 nur wenig verändert. Vom gesamten Steueraufkommen entfallen, wie im Jahre 1948, 37,3% auf direkte und 62,7% auf indirekte Steuern. Nur innerhalb der indirekten Steuern haben sich die Anteile der Umsatzsteuer und der Zölle zu Lasten der Verbrauchssteuern etwas erhöht.

Die direkten Steuern konnten ihre Bedeutung nur dank der starken Erhöhung der Lohnsteuerein-

Steuereinnahmen

| | Abschluß | | Voranschlag | |
|--|----------|--------------------|-------------|-------|
| | 1937 | 1946 in Prozent | 1948 | 1949 |
| Direkte Steuern | 29'2 | 49'0 | 37'4 | 37'3 |
| Umsatzsteuer u. Zölle | 42'4 | 12'8 | 19'2 | 23'0 |
| Verbrauchssteuern | 16'9 | 33'6 | 37'9 | 33'4 |
| Verkehrssteuern und Gebühren | 11'5 | 4'6 | 5'5 | 6'3 |
| Summe | 100'0 | 100'0 | 100'0 | 100'0 |
| ab Überweisungen an Länder u. Gemeinden | 18'6 | 5'4 | 32'0 | 33'4 |
| Verbleibende Bundes- einnahmen | 81'4 | 94'6 | 68'0 | 66'6 |

nahmen (um 300 Mill. S), deren Ertrag im Jahre 1948 bedeutend den Voranschlag überschritt, behaupten. Dagegen wurde die veranlagte Einkommensteuer nur um 80 und die Gewerbesteuer nur um 40 Mill. S höher veranschlagt, die Körperschaftsteuer und die Vermögenssteuer wurden in unveränderter Höhe belassen.

Die voraussichtlichen Lohnsteuereinnahmen des Jahres 1949 von 800 Mill. S übertreffen den voraussichtlichen Eingang an veranlagter Einkommensteuer (600 Mill. S) um 200 Mill. S. Von der gesamten Einkommensteuer entfallen demnach im Voranschlag 1949 57% auf die Lohnsteuer und 43% auf die veranlagte Einkommensteuer, während im Jahre 1937 der Anteil der Lohnabzugssteuer nur 44% und der der veranlagten Einkommensteuer 56% betrug. Gegenüber der Vorkriegszeit ist also eine bemerkenswerte Verschiebung der Steuerlast von den Selbständigen, die im Veranlagungswege besteuert werden, zu den Unselbständigen, die der Abzugssteuer unterliegen, eingetreten. Diese Entwicklung erscheint zunächst überraschend, weil auf Grund der gegenüber 1937 stärkeren Progression der Einkommensteuer und dem durchschnittlich höheren Einkommen der Selbständigen eher das Gegenteil zu erwarten gewesen wäre. Die Verschiebung der relativen Steuerlast kann nicht dadurch erklärt werden, daß die Lohn- und Gehaltssumme im Vergleich zur Vorkriegszeit stärker gestiegen sei als das Gesamteinkommen der Selbständigen, da alle konjunkturstatistischen Erfahrungen dafür sprechen, daß in der Wiederaufbauperiode eher der Anteil der Selbständigen am Volkseinkommen zunimmt. Man wird daher annehmen müssen, daß die theoretisch hohe Einkommensteuer nur für Lohn- und Gehaltsempfänger, die der Abzugssteuer unterliegen, voll wirksam ist, während die im Veranlagungswege besteuerten Selbständigen dem starken Steuerdruck zum Teil durch steuerliche Begünstigungen (gewinnmindernde Abbuchung der Kriegsverluste, Scheingewinngesetz) und zum Teil durch Steuerflucht ausweichen konnten. Diese Tatsache er-

klärt zum Teil die relativ hohe private Investitionstätigkeit seit Kriegsende, die in diesem Ausmaß unmöglich gewesen wäre, wenn die Unternehmergewinne zur Gänze nach den hohen und stark progressiven Steuersätzen der Einkommensteuertabelle versteuert worden wären.

Die Einnahmen der *erwerbswirtschaftlichen Staatsbetriebe* wurden mit 2.425'1 Mill. S um 377'7 Mill. S höher veranschlagt als im Jahre 1948. Die Einnahmesteigerung ist bei den einzelnen Betrieben sehr verschieden. Absolut am stärksten ist sie bei den Bundesbahnen (um 175 Mill. S) und der Post (um 142 Mill. S), während relativ das Branntweinmonopol (plus 126%) und die Staatsdruckerei (plus 25%) die bedeutendsten Einnahmesteigerungen aufweisen. Beim Salzmonopol, in den Bundesforsten, im Hauptmünzamt sowie bei den Bundestheatern, die zum Teil in den letzten Jahren eine nachkriegsbedingte Konjunktur erlebten, werden dagegen rückläufige Einnahmen angenommen.

Die Einnahmen der erwerbswirtschaftlichen Staatsbetriebe
(nach den Voranschlägen)

| | 1946 | 1947 in Millionen | 1948 Schilling | 1949 |
|-----------------------------|-------|----------------------|-------------------|---------|
| Salzmonopol | 23'0 | 23'8 | 76'0 | 70'8 |
| Staatslotterie | 61'2 | 43'9 | 47'1 | 53'3 |
| Branntweinmonopol | 4'6 | 14'2 | 43'2 | 97'7 |
| Post | 182'7 | 272'1 | 511'3 | 653'5 |
| Bundesforste | 22'2 | 36'4 | 87'7 | 78'1 |
| Staatsdruckerei | 5'4 | 8'1 | 20'1 | 25'2 |
| Hauptmünzamt | 2'4 | 4'9 | 10'3 | 5'5 |
| Bundestheater | 13'7 | 12'9 | 17'4 | 15'6 |
| Bundesapotheken | 0'5 | 0'5 | 0'9 | 1'1 |
| Eisenbahnen | 436'3 | 560'4 | 1.161'4 | 1.336'3 |

Die wirtschaftliche Problematik des Budgets

Der Bundesvoranschlag 1949 brachte nur durch eine optimistische Einschätzung der Steuereinnahmen und durch Übertragung einzelner Ausgabenposten in das außerordentliche Budget die laufenden Einnahmen mit den laufenden Ausgaben in Einklang. Sowohl bei den Staatsausgaben als auch bei den Einnahmen zeichnen sich jedoch Entwicklungstendenzen ab, die auf die Dauer das Budgetgleichgewicht ernstlich gefährden könnten.

Die Steuerbelastung der Wirtschaft ist zur Zeit außerordentlich hoch und dürfte in dieser Höhe auf die Dauer kaum aufrecht erhalten werden können. Bei einzelnen Steuern, wie vor allem bei der veranlagten Einkommensteuer und der Tabaksteuer, dürfte die Belastungsgrenze bereits erreicht oder überschritten sein. Eine Erhöhung der Steuersätze würde keine Mehreinnahmen bringen.

Die gegenwärtig hohe Besteuerung könnte trotz ihrer verschiedenen wirtschaftlichen Nachteile als vorübergehende Maßnahme damit begründet wer-

den, daß der Wiederaufbau bedeutende Mittel erfordert, die angesichts der geringen Sparneigung der Bevölkerung und des großen Kreditbedarfs der Wirtschaft für Investitionen nur im Wege des Zwangssparens mit Hilfe von Steuern nicht-inflationistisch aufgebracht werden können. Tatsächlich werden jedoch sämtliche laufenden Einnahmen des Staatshaushaltes einschließlich der für den Wiederaufbau bestimmten Zuschläge zu einzelnen Steuern für die Ausgaben der Hoheitsverwaltung und zur Deckung der Defizite öffentlicher Unternehmungen verwendet, während die eigentlichen produktiven Investitionen durch Kredite bzw. aus den Erlösen aus Marshall-Plan-Lieferungen finanziert werden müssen.

Es handelt sich also bei der hohen Steuerlast keineswegs um eine vorübergehende Erscheinung für die Zeit des Wiederaufbaues, sondern um eine fiskalische Notwendigkeit, die solange bestehen wird, als der gegenwärtige Umfang des Staatsapparates und der sozialen Ausgaben aufrechterhalten wird. Mit dem Wegfall staatlicher Funktionen auf dem Gebiet der Bewirtschaftung und der sonstigen direkten Wirtschaftslenkung werden sich zwar einige Einsparungen im Staatshaushalt ergeben. Andererseits muß jedoch in Zukunft mit neuen bedeutenden Belastungen des Staatshaushaltes gerechnet werden. Vor allem ist dabei an die beiden Budgetposten Staatsschuldendienst und Heer zu denken, die gegenwärtig noch keine Rolle spielen, gewöhnlich aber einen beträchtlichen Teil der Ausgaben ausmachen¹⁾. Es läßt sich voraussehen, daß diese beiden Posten in absehbarer Zeit, spätestens mit Abschluß des Staatsvertrages, wieder an Bedeutung zunehmen und die Gesamtausgaben des Staates erheblich erhöhen werden.

Die Erwartung, daß mit fortschreitender Belebung der Wirtschaft die Steuereinnahmen automatisch zunehmen und damit Steuerermäßigungen möglich werden, ist nur zum Teil berechtigt. Abgesehen davon, daß der Staat zunehmend bemüht sein muß, seine gegenwärtig ausschließlich im außerordentlichen Haushalt figurierenden Investitionen schrittweise auch aus eigenen Mitteln zu decken, muß damit gerechnet werden, daß bei stabilem (oder steigendem) Preisniveau die Unselbständigen und damit auch die Staatsbeamten ihren Anteil am erhöhten Sozialprodukt in Form höherer Bezüge be-

anspruchen, so daß die erhöhten Steuereinnahmen zumindest teilweise durch erhöhte Ausgaben wieder kompensiert würden²⁾. Fände jedoch die weitere Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft bei sinkenden Preisen statt, würde sich diese Tendenz auch in relativ niedrigeren Steuereinnahmen spiegeln.

Ein dauerhaftes Budgetgleichgewicht bei erträglicher Steuerlast wird daher nur dann erreicht werden können, wenn im Staatshaushalt umfangreiche Sparmaßnahmen ergriffen werden. Die Bestellung von Ersparungskommissären innerhalb der einzelnen Ministerien ist nur der erste Schritt. Man darf sich davon keine entscheidende Entlastung des Staatshaushaltes erwarten, da die Verwaltungsausgaben bei dem gegenwärtigen Aufgabenkreis des Staates und der komplizierten und schwerfälligen Organisation des Verwaltungsapparates kaum stärker vermindert werden können. Eine ins Gewicht fallende Beschränkung der Staatsausgaben ist nur von einer grundlegenden Verwaltungsreform zu erwarten, die allerdings eine Reihe schwieriger Probleme zu lösen hat und sicher mehrere Jahre beanspruchen wird. Da vor allem von der gewerblichen Wirtschaft¹⁾ immer stärker die Forderung nach Steuerermäßigungen erhoben wird, Zugeständnisse aber bei unveränderten Ausgaben das Gesamtdefizit des Staatshaushaltes vergrößern und damit die Währungsstabilität gefährden würden, erscheint es um so dringender, mit der Verwaltungsreform wenigstens auf Teilgebieten unverzüglich zu beginnen und so doch schrittweise Einsparungen zu erzielen.

²⁾ Die Parallelität zwischen Einnahmen und Ausgaben bei steigendem Wirtschaftsvolumen wurde bei der Erstellung des Voranschlags 1949 außer acht gelassen. Auf der Einnahmeseite wurden mit einer Erhöhung des Wirtschaftsvolumens sowie mit konstanten Preisen gerechnet und dementsprechend optimistische Einnahmen veranschlagt, während man auf der Ausgabe Seite annahm, daß die Staatsbediensteten keine neuen Lohnforderungen stellen und auf eine der allgemeinen Wirtschaftbelebung entsprechende Erhöhung ihres Realeinkommens verzichten werden.

¹⁾ Von den verschiedenen zur Zeit diskutierten Steuererleichterungen, wie Anpassung der Steuerskala an das gestiegene Preis- und Einkommensniveau, Erhöhung der Abschreibungssätze entsprechend den höheren Wiederanschaffungspreisen langfristiger Anlagegüter, Erstellung von Schilling-Eröffnungsbilanzen, Steuerbegünstigung für einen Teil des nicht entnommenen Gewinnes sowie Steuerfreiheit für Gewinne, die in Anlagevermögen investiert werden, ist die letztgenannte wirtschaftspolitisch besonders interessant, da sie den Versuch darstellt, gleichzeitig mit der steuerlichen Entlastung der Unternehmergewinne die für den Wiederaufbau unerläßliche Kapitalbildung bewußt mit steuerlichen Mitteln zu fördern.

¹⁾ Im Jahre 1937 betrug der Anteil der beiden Ausgabenposten an den Gesamtausgaben der Hoheitsverwaltung rund 28% gegenüber 3% im Voranschlag 1949.